Bitte Antrag den Stadtratsdokumenten beifügen und ins Ratsinfosystem stellen !

Bündnis für Gerechtigkeit (BfG-WV-WSF) – Bündnis 90/Die GRÜNEN (GRÜNE)

Stadtratsfraktion

Büro des Stadtrates
der Stadt Weißenfels

Frau Knittel
Markt 1
06667 Weißenfels

Fraktionsvorsitzende
Monika Zwirnmann
Große Burgstraße 20
06667 Weißenfels
Tel. 0163/9651941
Mail: M.Zwirnmann@web.de
WSF, der 28. 12. 2017

Antrag der Fraktion Bündnis für Gerechtigkeit/GRÜNE zur Tagesordnung für den Stadtrat am 25. 01. 2018

Betr.: Gesellschafteranweisung für den Aufsichtsrat SWW zum Vergleichsangebot und zu Schadensersatzansprüchen der Stadtwerke WSF gegenüber ihren Mitarbeitern

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Fraktion BfG/GRÜNE stellt hiermit den Antrag den oben genannten TOP in die Tagesordnung des öffentlichen Teils der nächsten Stadtratssitzung am 25. 01. 2018 aufzunehmen.

1. Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Weißenfels weist die städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung an, den vorliegenden Vergleich in Höhe von 2,2 Mill. € nicht zu stimmen und auf einem Vergleich in Höhe von ca. 4,4 Mill. € zu bestehen.

Begründung:

Das bisherige Vergleichsangebot entspricht in keiner Weise einer angemessenen Schadensregulierung bzw. -ausgleich für den Verlust von ca. 11 Mill. € Abwasser – Strafabgabe. Das ursprüngliche Vergleichsangebot an die Gesellschafterversammlung war mit 6,5 Mill. € beziffert. Eine Vergleichsquote von 2/3, d. h. ca. 4,4 Mill. € ist im Sinn der betroffenen Bürger von WSF als angemessen zu betrachten.

2. Beschlussvorschlag

Der Stadtrat der Stadt Weißenfels weist die städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung dafür zu stimmen, dass der den Stadtwerken durch Vergleichszahlungen an die Stadt WSF (unabhängig von ihrer Höhe) entstandene finanziellen Schaden durch Regressanspruch an Verantwortliche innerhalb der SWW

und zusätzlich durch disziplinarische Maßnahmen/Konsequenzen geahndet wird.

Begründung:

Die Stadt WSF ist mit einem Anteil von 50% Hauptgesellschafter der SWW. Für den finanziellen Verlust der SWW müssen daher die Bürger von WSF über ihre Gebühren für Gas, Wasser und Strom unmittelbar selbst aufkommen. Dies ist nicht akzeptabel. Das den Vertretern des Stadtrates zu erteilende Votum sichert somit eine interne kritische Aufarbeitung des völligen organisatorischen und fachlichen Versagens der Stadtwerke WSF als Betriebsführer der kommunalen Abwasserbeseitigung bzw. Kläranlage.

gez. Monika Zwirnmann
Fraktionsvorsitzende BfG/GRÜNE